

Was die Kommunen selbst tun können

Auch in den Kommunen selbst kann und muss umgesteuert werden. Dabei denkt DIE LINKE nicht an die so genannte „Konsolidierungs- und Sparpolitik“, die letztlich weder den Haushalt ausgleicht noch die kaputten Straßen und Schulen repariert.

Auf der Einnahmenseite sind Verbesserungen im Rahmen der örtlichen Möglichkeiten durchaus erreichbar:

- Erhöhung der Gewerbesteuer. Kein Steuerdumping, sondern regional abgestimmte Hebesätze.
- Abgaben der lokalen Wirtschaft für örtliche Infrastrukturleistungen, z.B. durch eine Nahverkehrsabgabe für den ÖPNV.

DIE LINKE lehnt überhöhte Gebührenerhöhungen für öffentliche Dienstleistungen (Abwasser, Straßenreinigung, Friedhof etc.) ab, die über einen Inflationsausgleich hinausgehen.

Auch auf der Ausgabenseite ist ein kommunaler Politikwechsel nötig und möglich: Weg von der Politik des Standortwettbewerbs und der Subventionen zugunsten privater Investoren. Das Verschieben von öffentlichen Geldern in private Taschen sowie das Verschern von kommunalem Eigentum muss ein Ende haben. **DIE LINKE fordert:**

- Stopp von Groß- und Prestigeprojekten. Das Geld fehlt für Soziales und Bildung.
- Schluss mit Zins-Spekulationsgeschäften.
- Keine Privatisierungen von öffentlichem Eigentum.

NOCH FRAGEN?

Özlem Alev Demirel

Kommunalpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Landtag von NRW

Telefon 0211 / 884 – 4616

Telefax 0211 / 884 – 3705

oezlem.demirel@landtag.nrw.de



„Würden wir bei der Besteuerung von großen Erbschaften und Vermögen auch nur auf das europäische Durchschnittsniveau aufschließen, brächte das jährliche Mehreinnahmen von 33 Milliarden Euro – Geld, das den Bundesländern zustünde, für Bildung zum Beispiel, und um den klammen Kommunen unter die Arme zu greifen.“

Frank Bsirske, Vorsitzender der Gewerkschaft ver.di am 1. Mai 2010 in Hannover



SCHUTZSCHIRM FÜR KOMMUNEN

Nur Reiche können sich arme Kommunen leisten

Fraktion DIE LINKE. im Landtag von Nordrhein-Westfalen
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf
Tel. (0211) 884 – 4607
www.linksfraktion-nrw.de

Titelfoto: flickr/Würzblog

Druck: Mediendepot Ruhr (Duisburg) | V.i.S.d.P. Judith Demba

DIE LINKE.
Fraktion im Landtag Nordrhein-Westfalen

www.linksfraktion-nrw.de

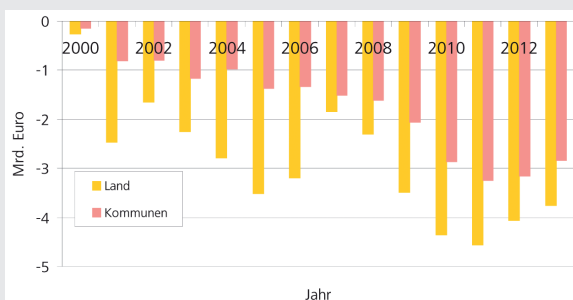
Niedergang der öffentlichen Infrastruktur stoppen

Marode Schulen, zu wenige Kita-Plätze, Schlaglöcher in den Straßen, Schließung von Schwimmbädern, Jugendeinrichtungen, Bibliotheken – die öffentliche Infrastruktur wird immer weiter zerstört. Fast alle Gemeinden in NRW sind chronisch unterfinanziert. Die „Kommunale Selbstverwaltung“ steht nur noch auf dem Papier.

Die jahrelange Politik der Steuergeschenke an Unternehmen, Banken, Versicherungen, Spekulanten, Superreiche und Hoteliers hat maßgeblich zum finanziellen Ausbluten der öffentlichen Kassen beigetragen. Dies geschah auf allen Ebenen durch CDU/FDP/SPD/GRÜNE.

Die Kommunen sind besonders hart betroffen, da sie auf Steueraufkommen der Bundesebene angewiesen sind. Abgesehen von der Gewerbesteuer haben Kommunen selbst kaum eigene bedeutsame Steuerquellen.

Steuerausfälle beim Land NRW und den Kommunen aufgrund von Steuergesetzänderungen von 2000-2013



Quelle: BMF, Berechnungen und Darstellung ver.di

Entnommen der ver.di-Studie „Entwicklung und Perspektiven der Kommunalfinanzen in NRW“, Oktober 2010

Zudem wird das Konnexitätsprinzip missachtet, das heißt: Bund und Länder wälzen immer mehr Aufgaben auf die Kommunen ab, ohne die entsprechenden Finanzmittel zur Verfügung zu stellen.

Steuereinnahmen stärken – Steueraufkommen umverteilen

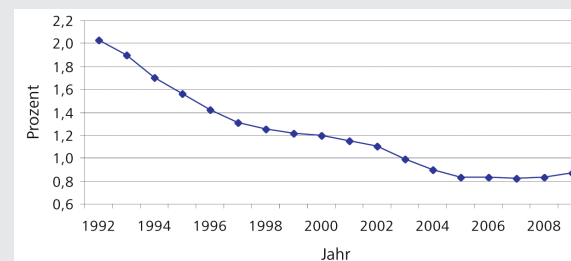
Das Steueraufkommen muss insgesamt gestärkt und zwischen Bund, Ländern und Kommunen fundamental anders verteilt werden. **DIE LINKE fordert:**

- Stärkere Besteuerung der Unternehmen und Vermögenden bei Entlastung der unteren und mittleren Einkommen.
- Eine Millionärssteuer, höhere Spitzensteuersätze bei Einkommens- und Körperschaftsteuer sowie die Erbschaftssteuer. Das brächte allein für NRW und seine Kommunen rund 20 Milliarden Euro Mehreinnahmen.
- Steuerhinterziehung bekämpfen durch Einstellung von weiteren Steuer- und Betriebsprüfern. Diese sorgen jeweils für rund eine Million Euro Steuermehreinnahmen pro Jahr.
- Verbreiterung und Verstetigung der Gewerbesteuer hin zu einer Gemeindefinanzsteuer.

Städte und Gemeinden sind für 70 Prozent der öffentlichen Investitionen zuständig. Dafür brauchen sie eine angemessene Finanzausstattung. **DIE LINKE fordert:**

- Erhöhung der Grunderwerbssteuer auf fünf Prozent und eine angemessene Beteiligung der Kommunen an den Erlösen.

Rückgang der kommunalen Investitionsquote in Deutschland 1992-2009 in Prozent des BIP



Quelle: Städtetag, Berechnungen und Darstellung ver.di

Entnommen der ver.di-Studie „Entwicklung und Perspektiven der Kommunalfinanzen in NRW“, Oktober 2010

- Investitionspauschalen für die Kommunen aus Bundes- und Landesmitteln.
- Erhöhung des Anteils der Kommunen an Einkommens- und Unternehmenssteuern.
- Volle Übernahme der Kosten für übertragene Pflichtaufgaben durch Land und Bund, besonders im sozialen Bereich. Wer den Kommunen Aufgaben überträgt, muss auch zahlen.
- Spezielle Förderprogramme auf Landesebene für Gemeinden (z. B. sozialer Wohnungsbau).
- Die Entbindung finanzschwacher Kommunen von der Pflicht bei Förderprogrammen zwingend einen Eigenanteil aufzubringen (z.B. bei Städtebauprojekten).
- Einrichtung eines Entschuldungsfonds für finanzschwache Kommunen, bei dem das Land den finanziellen Grundstock einbringt.